

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Eine persönliche Erklärung kann nur zum Schluß abgegeben werden. Ich kann da jetzt keine Ausnahme zulassen.

Hartmann (SPD):

Das ist ein Punkt der Tagesordnung bzw. eine Ergänzung der Tagesordnung.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Zur Tagesordnung noch? - Dazu hatte ich eigentlich schon gefragt, ob das erledigt ist.)

Das kam nur durch die Stellungnahme des Kollegen.

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Ja, bitte schön. Ich will es zulassen.)

Ich bitte darum, gemäß der Geschäftsordnung der Volkskammer die Tagesordnung zu ergänzen.

Ausgehend von zahlreichen und in vielen Formen vorgetragenen Sorgen über die soziale Sicherheit der Mitarbeiter der Volkskammer der DDR und im Bewußtsein der Verantwortung, die wir als Abgeordnete wahrzunehmen haben, stellen wir den Antrag, die Tagesordnung um den Punkt "Soziale Sicherstellung der ständigen Mitarbeiter der Volkskammer und des Palastes der Republik" zu erweitern.

Die Begründung: Während in allen Bereichen der Volkswirtschaft Sozialpläne dafür sorgen, daß die sozialen Härten im Strukturwandel weitestgehend abgefangen werden, ist keine adäquate Lösung für die Mitarbeiter der Volkskammer und des Palastes der Republik in Sicht. In Kenntnis der sozialen Regelungen des Einigungsvertrages halten wir es für dringend geboten, das hohe Engagement der Mitarbeiter der Volkskammer im Interesse einer wirkungsvollen Tätigkeit der Abgeordneten durch eine sozial verantwortliche Regelung anzuerkennen.

Wir bitten die Abgeordneten des Hohen Hauses, ihrer Verantwortung zu entsprechen und einen Beschluß herbeizuführen, der das Präsidium in die Lage versetzt, eine optimale soziale Regelung zu finden.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Nun muß ich Sie zunächst fragen: Wer ist wir? Es ist ein Antragsteller mit "wir" einfach bezeichnet worden. Darum kann ich nicht entscheiden, ob das nach der Geschäftsordnung jetzt ein Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung ist. Tut mir leid. Damit ist es weder ein Antrag einer Fraktion noch von 20 Abgeordneten. Damit können wir darüber nicht verhandeln. Zu diesem Punkt hätte ich jetzt ohnehin, wenn das nicht dazwischengekommen wäre, der Präsidentin zu einer Erklärung das Wort erteilt. Bitte schön.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Das Präsidium der Volkskammer hat sich in letzter Zeit immer wieder mit der Situation der Mitarbeiter der Verwaltung der Volkskammer beschäftigt, insbesondere mit den Fragen, die sich durch die Auflösung der Volkskammer am 2.10. ergeben. In diesem Zusammenhang möchten wir allen Mitarbeitern, die bis zum letzten Tag mit großem Einsatz und zahlreichen Überstunden dafür gesorgt haben, daß die Arbeit der Volkskammer reibungslos verlaufen konnte, unseren Dank aussprechen.

(Beifall)

Wir wissen, daß die Sorge um die Zukunft bei den Mitarbeitern der Volkskammer sehr groß ist und bedauern, daß die Verhandlungen mit der Verwaltung des Deutschen Bundestages, die für die Abwicklung der Geschäfte nach dem 3.10. zuständig sein

wird, zu spät aufgenommen und noch nicht abgeschlossen worden sind.

Wir unterstützen nachdrücklich einen vernünftigen Sozialplan, wie er auch bei der Auflösung anderer Institutionen üblich ist. Wir gehen davon aus, daß sich bis zum Ende unserer Arbeit an dem bisher positiven Verhältnis nichts ändert.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie bitte gleich noch eine Antwort zu geben auf die Erklärung von Bündnis 90/Grüne. Ich habe hier noch eine zusätzliche Anfrage von der PDS-Fraktion zur Frage der Astbestbelastung. Ich muß dazu sagen, daß mir gestern vom Ministerrat ein Schreiben vom gleichen Tage von der Bezirkshygieneinspektion Berlin vorgelegt wurde, und nur die Bezirkshygieneinspektion Berlin ist dafür zuständig. Es sind 2 unabhängige Gutachten erarbeitet worden, in denen festgestellt wurde, daß die Astbestbelastung oberhalb der Max-Werte liegt und aus diesem Grunde gestern nachmittag ganz kurzfristig entschieden werden mußte, wo wir hinziehen.

Es war natürlich nicht möglich, in die Kongresshalle zu gehen, sondern wir hatten nur die einzige Möglichkeit, hierher zu ziehen. Und da uns der Termin sehr wichtig war, haben wir so entschieden. Ich denke, wir werden auch in einem alten ZK-Gebäude mit neuen Ideen und besseren Möglichkeiten hier diese Tagung gut zu Ende bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Wir treten damit in die Beratung der Tagesordnung ein. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 1:

Bericht des Ministerpräsidenten über das Moskauer Treffen der Außenminister zu den 2 + 4 -Verhandlungen

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten de Maizière, das Wort zu nehmen.

Ministerpräsident de Maiziere:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor einer Woche habe ich in Moskau den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland unterzeichnet, der für die Zukunft des geeinten Deutschland in einem sich vereinigenden Europa von grundlegender Bedeutung ist.

In meiner Regierungserklärung vom 19. April 1990 habe ich zum Ausdruck gebracht:

1. Unsere Zukunft liegt in der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten friedlichen Europa.
2. Deutschland liegt in der Mitte Europas, aber es darf sich nie wieder zum Machtzentrum Europas erheben wollen. Wir wollen ein Pfeiler sein für eine Brücke der Verständigung.

3. Die Einheit Deutschlands soll die Gemeinschaft der Europäer stärken. Die wesentliche Voraussetzung dafür ist die Garantie der Grenzen in Europa.

An diesen drei Zielen haben wir unsere Außenpolitik ausgerichtet. Sie sind mit der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland am 12. September in Moskau in Übereinstimmung gebracht worden. In dem Vertrag haben wir die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit vor dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland einvernehmlich geregelt.

Dieser Vertrag gehört zu den herausragenden europäischen Vertragswerken der Nachkriegszeit. Er markiert das Ende der Nachkriegszeit. Er ist Grundstein für ein Zeitalter des Frie-